

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

www.kas.de

Extremismus in Frankreich

LÄNDERPORTRÄT

Einleitung

Gegenwärtig wird Frankreich von drei Seiten von Extremisten herausgefordert. Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 hat es mit Marine Le Pen die Kandidatin des rechtspopulistischen Front National in die Stichwahl geschafft. 33,9 Prozent der Wähler gaben ihr und damit ihrem europafeindlichen und staatsinterventionistischen Programm ihre Zustimmung. Der linksradikale Kandidat Jean-Luc Mélenchon von „La France Insoumise“ erhielt im 1. Wahlgang 19,6 Prozent der Stimmen. Beide Formationen sind in der im Juni 2017 gewählten Assemblée nationale so stark wie lange nicht mehr vertreten. Für beide hat die Wahl von Emmanuel Macron zum Staatspräsidenten und die Schwäche der bislang regierenden Parteien „Les Républicains“ und „Parti Socialiste“ zu neuer Stärke geführt.

Die sich ausbildende Parlamentsgeographie mit der Unterscheidung der politischen Lager nach den Richtungen „rechts“ und „links“ verband sich in Frankreich schon in den Anfängen der Republik mit der Unterscheidung „extrem“/„gemäßigt“. Schon bald sprach man von *extrémité gauche* und *extrémité droite*, um die äußersten Flügel des politischen Spektrums beim Namen zu nennen. Die französische Gesellschaft reagiert bis in die Gegenwart unterschiedlich auf die Flügelparteien von rechts und links. Die Strömungen der (extremen) Rechten waren durch das Pétain-Regime disqualifiziert, die Kommunisten hingegen durch die Résistance legitimiert. Eine innere Bedrohung für die Republik wurde von der Öffentlichkeit daher stets weit mehr in der äußersten Rechten als in der äußersten Linken gesehen.

Gleichermaßen scheint das Attribut „extrême“ für die so Bezeichneten in Verbindung mit „gauche“ eher erträglich zu sein. Nur wenige Parteien am äußersten linken Rand, wie unter anderem die libertäre Bewegung (Mouvement libertaire), lehnen es ab, als „extreme Linke“ bezeichnet zu werden, da sie sich in ihren ideologischen Grundlagen und ihrer Entstehung von den autoritären Strömungen des Leninismus, Stalinismus und Trotzismus unterscheiden und mit dem Gewalt anmutenden Begriff des Extremismus nicht in Verbindung gebracht werden möchten. Jedenfalls nehmen die relativ starken französischen Trotzisten die Etikettierung als „extrême gauche“ oder „ultra-gauche“ klaglos hin, während der ehemalige Anführer des rechtsextremen Front National (FN), Jean-Marie Le Pen, das Etikett „extrême droite“ mit Entrüstung zurückwies. Er strengte einen Prozess gegen die Zeitungen *Le Monde* und *Libération* an, um die Verwendung der Bezeichnung „extrême droite“ im Zusammenhang mit seiner Partei zu verbieten. Im September 1996 wurde seine Klage vor Gericht zurückgewiesen.

Im Zusammenhang mit den rechtsextremen Ansichten des Front National wird regelmäßig die Forderung nach einem Verbot der Partei laut. Gegen Parteimitglieder, allen voran Gründer und langjährigen Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen wurden bereits zahlreiche Prozesse – unter anderem wegen Beleidigung, Diskriminierung, Rassenhetze oder Leugnung des Holocaust – geführt. Das Verbot einer Partei ist in Frankreich jedoch – anders als in Deutschland – nicht in der Verfassung verankert. Das Gesetz vom 10. Januar 1936 über Kampfgruppen und private Milizen („loi sur les groupes de combat et les milices privées“) verleiht dem Prä-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

sidenten der Republik die Befugnis zur Auflösung von Vereinen und Gruppierungen – insbesondere dann, wenn diese „wegen ihrer militärischen Form und Organisation als Kampfgruppen oder private Milizen zu betrachten sind“. Verbotsentscheidungen können vor dem Conseil d'Etat angefochten werden. Hiervon ist bis in die Gegenwart immer wieder Gebrauch gemacht worden, so zuletzt im Juli 2013 im Falle der rechtsradikalen Gruppierung Troisième Voie (Dritter Weg) und der Partei Jeunesse Nationaliste Révolutionnaire (Junge Revolutionäre Nationalisten, JNR), kurz nach der gewaltsamen Ermordung eines jungen Antifa-Aktivisten.

Während Rechts- und Linksextremisten seit der Französischen Revolution eine politische Rolle gespielt haben, ist der islamistische Extremismus eine neuere Erscheinung. Bereits infolge des algerischen Bürgerkriegs in den 1990er Jahren war Frankreich immer wieder Opfer von islamistisch motivierten Anschlägen. Mit den Terroranschlägen im Januar und November 2015 in Paris sowie im Juli 2016 in Nizza ist die islamistische Bedrohung aber endgültig in der Gegenwart Frankreichs angekommen. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass die Bedrohung von in Frankreich geborenen und aufgewachsenen, radikalisierten Islamisten ausgeht.

Teil 1: Radikaler Islamismus/ Dschihadismus

Mit der Reihe von terroristischen Anschlägen 2015 und 2016 in Paris und Nizza wurde der islamistische Terrorismus, der bis dahin jenseits europäischer Grenzen stattfand, in den Alltag der Franzosen getragen. Diese Taten sind ausnahmslos im Namen der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ („IS“) verübt worden, was entweder durch Bekennervideos der Täter oder eindeutige Hinweise zu deren Nähe oder Angehörigkeit zur Miliz belegt wurde. Seither herrscht im Land der durch den Präsidenten verhängte Ausnahmezustand. Jederzeit, so betonen Frankreichs Regierungsverantwortliche, müsse mit einem neuen Akt terroristischer Gewalt gerechnet werden.

Auch wenn der islamistische Terrorismus als eine gezielt gegen Europa gerichtete Bedrohung verstanden wird, ist Frankreich mit Abstand sowohl hinsichtlich der Zahl der Anschlagopfer, als auch der potentiellen Täter und damit einhergehend der Anschlagsgefahr am härtesten betroffen. Die Zahl der erfassten Personen in Frankreich mit einer Verbindung zum „IS“ beläuft sich heute auf schätzungsweise 12.000. Rund 9.300 Franzosen würden als „gewalttätige radikale Islamisten“ angesehen, darunter 30 Prozent Frauen und 20 Prozent Minderjährige. Nach Angaben des französischen Innenministeriums sollen bis Ende April 2016 mehr als 1.000 Dschihadisten aus Frankreich nach Syrien oder in den Irak gereist sein, um sich dort dem IS anzuschließen. 635 von ihnen befanden sich zu diesem Zeitpunkt höchstwahrscheinlich vor Ort, während mindestens 171 in Kämpfen für den IS ums Leben gekommen sein sollen. 244 sind nach Frankreich zurückgekehrt. Das sind europaweit die höchsten absoluten Zahlen.

Sicherheitsbehörden überfordert

Unter ständiger terroristischer Bedrohung versuchen französische Behörden und Experten, dem Phänomen des rasant gewachsenen islamischen Extremismus und der Radikalisierungswelle französischer Jugendlicher auf den Grund zu gehen, um entsprechende Gegenmaßnahmen zu schaffen. Die Beziehung der Einzeltäter zur Organisation des IS oder die Koordination der selbsternannten islamistischen Gotteskrieger auf französischem Boden auszumachen, stellt französische Geheimdienste vor eine große Herausforderung. Gleichwohl ist gewiss, dass der IS mindestens eine Arbeitseinheit hat, die Anschläge im Ausland plant. Die Anschläge von Paris sollen von eben jener Einheit geplant worden sein. Aussagen von Rückkehrern sprechen dafür, dass der Syrer Abu Muhammad al-Adnani ihr Chef ist. In seiner Audiobotschaft vom September 2015, die er an seine Sympathisanten richtete, gab er die Handlungsempfehlungen zur Tötung von „ungläubigen“ Europäern. In erster Linie, so

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

al-Adnani, sollen Franzosen angegriffen werden. Die Anschläge vom 13. November 2015 zeugten davon, dass seine Anweisungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Diese Abteilung für „externe Arbeit“ (al-amal al-kharaji) steht in enger Verbindung mit oder gehört sogar zu der Geheimpolizei des IS, die sich kurz „die Sicherheit“ (al-amn) nennt. Die Gründer dieser „IS-Gestapo“ sind ehemalige Offiziere des Regimes von Saddam Hussein, die für den Militärgeheimdienst arbeiteten und ihre Fähigkeiten mit in die neue Organisation brachten. Die enorme Brutalität und Effektivität des Dienstes ist einer der Gründe für die interne Kohäsion und die erstaunliche Beharrungskraft des IS in Europa. Der Rädelsführer der Attentäter von Paris, Abdalhamid Abaaoud, war ein Unterführer der Geheimpolizei.

Der renommierte französische Islamwissenschaftler Gilles Kepel nennt die Täter, die (mit Ausnahme von Konvertiten) als Nachkommen von Einwanderern aus ehemaligen französischen Kolonien in Frankreich geboren sind, die „Dschihadisten der dritten Generation“. So kämpfte die erste Generation der Gotteskrieger ihren Dschihad vor allem gegen muslimische Bevölkerungen, etwa im Algerien der 1990er Jahre während des Bürgerkriegs. Doch auch Frankreich blieb vor den terroristischen Aktionen der algerischen Islamisten nicht verschont. Zwischen Juli und Oktober 1995 verübte die bewaffnete Terrorgruppe GIA (Groupe Islamique Armé) acht Bombenanschläge und Attentate in Metrostationen und Zügen in Paris und verübte ein Attentat auf eine jüdische Schule in Lyon. Drahtzieher war der in Frankreich aufgewachsene Khaled Kelkal. Die zweite Generation um Osama Bin Laden, die gründlich von der Al-Kaida geschult und sehr hierarchisch organisiert war, richtete den Terror gegen den "fernen Feind", die USA. So zeugt die Planung der Anschläge vom 11. September 2001 von einer akribischen Genauigkeit, die – wie wir heute wissen – auf Grundlage einer gut koordinierten Befehlskette erfolgte.

Die nunmehr dritte Generation, die ihre Anhänger nun in Europa rekrutiert, bezweckt den Bruch mit der europäischen Gesellschaft, indem sie durch vielfache punktuelle Gewalt überall Angst und Lähmung verbreitet. Die pyramidenartige Hierarchiestruktur der Dschihadisten der zweiten Generation ist heute einer netzwerkartigen Struktur von einzelnen Terrorzellen gewichen. Auch wenn der IS seine Anhänger von Syrien quasi fernsteuert, ist auf den ersten Blick weder eine formale Organisation noch eine Strategie erkennbar. Davon zeugt zum einen die individuelle Rekrutierung und Mobilisierung in islamistischen Netzwerken und zum anderen der Versuch, über Aufrufe im Internet bzw. in den sozialen Medien Sympathisanten zu ermutigen, auf eigene Faust Anschläge zu verüben. Auch der Dschihadist Mohammed Merah, der 2012 einen Anschlag auf eine jüdische Schule in Lyon verübte, gilt als Einzeltäter. Andererseits könnte genau diese Mobilisierung von Einzeltätern als Strategie des IS verstanden werden: Während sich die Sicherheitsbehörden mit Anschlägen durch Einzeltäter beschäftigen sollen, wie im Falle von Ayyub al-Khazzani, der einen Anschlag am 21. August 2015 im Thalys von Brüssel nach Paris plante und überwältigt wurde, konnte der IS parallel in einer größeren Terrorzelle die Anschläge vom 13. November in Paris planen.

Das schwer identifizierbare Netzwerk macht dahingehend die Stärke des IS aus und hinterlässt die Sicherheitsbehörden besonders in Bezug auf Präventionsmaßnahmen ohnmächtig. Bereits im November 2014 verabschiedete Frankreich ein Gesetz zum "Kampf gegen den Terrorismus", welches mutmaßlichen Islamisten die Ausreise in Kriegsgebiete verbietet. Dabei werden Personalausweise und Reisepässe eingezogen.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

Die Herausforderung besteht nach wie vor darin, potenzielle Dschihadisten als solche zu erkennen.

Das typische Profil eines vom IS geprägten französischen Dschihadisten beschreiben Terrorfachleute folgendermaßen: Jung, aus sozial schwachen Vororten, schlechter gebildet, weniger kundig in religiösen Fragen und oft vorbestraft. Warum gerade in Frankreich so viele junge Menschen für die islamistischen Heilsversprechen des IS zugänglich sind, lässt sich anhand mehrerer Faktoren erklären. Zum einen blickt das Land auf eine lange Zuwanderungsgeschichte zurück. Von Frankreichs 65 Millionen Einwohnern sind 3,9 Millionen Ausländer, vor allem aus Afrika und anderen EU-Ländern (jeweils ca. 40 Prozent), und 2,3 Millionen Franzosen, die eingebürgert oder im Ausland geboren wurden. Als Einwanderungsland hat Frankreich eine entsprechend große religiöse Vielfalt: Mindestens die Hälfte der sechs Millionen Muslime lebt streng religiös. Besonders in Problemvierteln französischer Vorstädte gelingt die Integration der Einwanderer und ihrer Nachkommen nur sehr schwer. Diese sind stärker als innerstädtische Bezirke von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Jahr 2014 erreichte die Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren, die aus afrikanischen Familien (auch aus dem Maghreb) stammen, 42 Prozent – 20 Prozentpunkte mehr als für Jugendliche aus französischen und anderen europäischen Familien. Dementsprechend leben 44 Prozent der Einwanderer aus Afrika unter der Armutsgrenze (gegenüber 24,8 Prozent der Einwanderer aus Europa). Die Kluft zwischen den städtischen sozialen Brennpunkten (Zones urbaines sensibles) und der übrigen Gesellschaft vergrößerte sich damit stetig. Gleichzeitig führte die wachsende Islamophobie und Diskriminierung zu Selbstausgrenzung und dem Rückzug in traditionelle Identitätskreise. Das Ergebnis ist, so Keipel, die Entstehung der „kulturellen Re-Islamisierung“ der Banlieues (Vorstadtgebiete), die sich seit etwa zwei Jahrzehnten in Frankreich beobachten lässt. Dass islamistische Missionierungsbewegungen besonders in einem Umfeld voller Frustration und Resignation auf fruchtbaren Boden fallen, ist daher kaum überraschend. Islamisten und radikale Imame gewannen dort an Einfluss, wo sie von der Gesellschaft enttäuschten und abgehängten jungen Muslimen ohne Ansatzpunkte eine kollektive Ersatzidentität bieten konnten.

Auch wenn der Nährboden für die islamistische Ideologie überwiegend im muslimischen Umfeld entsteht, so ist auffallend, dass (potenzielle) Dschihadisten sich erstaunlich wenig mit theologischen Fragen beschäftigen und oft aus Familien stammen, die nicht oder kaum muslimischen Traditionen folgen. Ihr radikales Bekenntnis zum vermeintlich wahren Islam steht oft weniger für eine Hinwendung zum Glauben, sondern für ein Mittel der Konfrontation mit der Gesellschaft, von der sie sich distanzieren wollen. Dafür spricht auch der hohe Anteil an Konvertiten unter den jungen Dschihadisten. 23 Prozent der jungen IS-Anhänger, die 2016 ausreisten, um für den IS in Syrien zu kämpfen, sind nach Auskunft des französischen Innenministeriums Konvertiten ohne jegliche Vorbildung in der islamischen Religion.

Quellen der Radikalisierung

Dem Ausmaß der Radikalisierung in Frankreich liegt nicht zuletzt ein primitiver Gerechtigkeitsgedanke der Dschihadisten zugrunde. Die französische militärische Beteiligung Frankreichs in der Bekämpfung des IS in Syrien und dem Irak in Form von Luftangriffen verstehen Islamisten als einen Angriff auf Muslime, den sie auf europäischem Boden meinen vergelten zu müssen. Religion wird auch hier als Mittel zum Zweck gesehen, ihre Wut auf die Gesellschaft in eine politische Strategie zu kanalisieren. Solche und andere Ideen, die auf einen Bruch mit der französischen Gesellschaft abzielen, werden in Frankreich hauptsächlich aus drei Quellen propagiert. Das beliebteste Propagandainstrument ist dabei das Internet. In 90 Prozent der Fälle haben insbesondere soziale Netzwerke bei der Radikalisierung zum Dschihadisten die Hauptrolle gespielt, denn hier wird die Gruppenidentität geschaffen. Pro-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

pagandabotschaften erreichen dadurch in kürzester Zeit und zumeist anonym ein breites Netzwerk. Auch der Attentäter von Nizza soll sich über das Internet radikalisiert haben. Den Ermittlern zufolge schaute er sich vor seiner Tat immer wieder Propaganda-Material von Dschihadisten an. Lange wurde das Medium, das bereits durch die Al-Kaida während des Irakkriegs 2004 als Propagandainstrument genutzt wurde, von den Sicherheitsbehörden ignoriert. In Frankreich wurde das 1991 beschlossene Gesetz zur Überwachung potentieller Terroristen erst 2015 erneuert und damit an das Zeitalter des Internets angepasst.

Auch die Inkubationswirkung der Gefängnisse wurde lange unterschätzt. Die französischen Haftanstalten gelten als „Brutstätten des Terrorismus“. Mehrere Attentäter, darunter Chérif Kouachi, der gemeinsam mit seinem Bruder im Januar 2015 vier Menschen in einem jüdischen Supermarkt tötete, hatten sich erst während Haftstrafen für kleinere Delikte radikalisiert. Rund 30.000 muslimische Gefangene sitzen gegenwärtig in französischen Gefängnissen ein. Schätzungen zufolge haben offenbar 325 Gefangene Verbindungen zu terroristischen Gruppierungen. Weitere 1400 Insassen sollen als Kämpfer für islamistische Zwecke rekrutiert worden sein. Begünstigt wird die Radikalisierung im Strafvollzug nach Aussagen des Innenministeriums durch die hohe Überbelegungsrate der Anstalten. Dem Internationalen Zentrum für Haftstudien zufolge rangiert Frankreich im europäischen Vergleich auf Platz drei, was die Überbelegung seiner fast 200 Gefängnisse angeht: Obwohl nur rund 58.500 Plätze zur Verfügung stehen, sind mehr als 68.000 Personen inhaftiert. Die französische Regierung hat nach den Anschlägen im Januar 2015 reagiert und in ihrem 80-Punkte-Plan im Kampf gegen islamistische Radikalisierung Maßnahmen angekündigt, die das Abgleiten von Gefangenen in den Fanatismus verhindern sollen. So sollen gesonderte Zellen für radikalisierte Personen bereitgestellt werden und es sollen mehr muslimische Geistliche in den Gefängnissen arbeiten.

Ein weiteres großes Problem stellt das Fehlen eines Kontrollsystems für radikale, den Dschihad predigende Imame dar. Im November 2016 haben französische Behörden vier Moscheen in den Pariser Randbezirken geschlossen, nachdem der Verdacht bestätigt wurde, dass die verantwortlichen Geistlichen dort radikale Inhalte predigten. Eine innerstaatliche Kontrolle über die hiesigen Moscheen würde vor allem die Finanzierung der Moscheen und deren Imamen aus dem Ausland, so überwiegend aus Algerien, der Türkei und Saudi-Arabien, unterbinden. Schon lange wird gemutmaßt, dass viele der im Ausland ausgebildeten Prediger eine besonders radikale Ideologie vertreten. Oft verfügen sie über mangelnde französische Sprachkenntnisse und sozio-kulturelle Kenntnisse. In ihrem Kampf gegen Radikalisierung kündigte die französische Regierung im August 2016 Maßnahmen an, die die Moscheen und ihre Imame stärker an die Werte der Republik binden sollen. Unter anderem sollen diese ihre theologische Ausbildung in Frankreich erhalten. Der Innenminister kündigte dazu eine Stiftung und eine religiöse Vereinigung an, die neue Geldquellen für den Bau von Moscheen, eine bessere Ausbildung von Imamen und islamwissenschaftliche Studien erschließen sollen.

Laizismus als Hindernis für staatliche Maßnahmen

Diese Vorschläge sind nicht neu, mündeten in der Vergangenheit aber stets im Kontext der strikten Trennung zwischen Religion und Staat in der Grundsatzdebatte, was der französische Staat leisten soll und darf. Die Forderung der Regierung nach der Bildung eines „französischen Islams“ stellt den Staat daher vor gesetzliche Herausforderungen. Die Ausbildung der Imame an staatlichen Universitäten entspricht nicht dem laizistischen Neutralitätsgebot und auch der Neubau von Moscheen kann nur indirekt vom Staat finanziert werden. Darüber hinaus wird es sich als schwierig erweisen, für diese Vorschläge die nötige Akzeptanz bei der nach wie vor infolge der Terroranschläge verängstigten französischen Bevölkerung zu finden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

Die wachsende Präsenz des Islam wurde aus Angst vor einer Zersplitterung der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten ohnehin nicht genügend thematisiert, gilt im laizistischen Frankreich die Auseinandersetzung mit Identitätsfragen wie der Religionszugehörigkeit als Privatsache.

Eine identitäre Krise, die dadurch erzeugt wird, dass Frankreich sich einerseits als Einwanderungsland betrachtet, andererseits aber eine wachsende Angst vor Zuwanderung hat, äußert sich seit einigen Jahren durch einen frappierenden Anstieg der Wählerstimmen am rechten Rand. Gleichzeitig begründet sich die wachsende islamistische Radikalisierung mit der Behauptung, dass die französische Gesellschaft ohnehin rassistisch, exklusiv und xenophob sei und die Integration nichts als ein Mythos. Die Schaffung einer Dialoginstanz zwischen dem Staat und dem Islam ist in Frankreich aber genau jetzt notwendig, um der wachsenden Radikalisierung, aber auch einem drohenden Bruch der Gesellschaft und dem damit einhergehenden Dauererfolg des FN vorzubeugen. Zwar wurde im Jahr 2003 der französische Islamrat (Conseil français du culte musulman – CFCM) gegründet. Dieser gilt seither als offizieller, vom französischen Staat anerkannter Teilrepräsentant der französischen Muslime. Gleichzeitig geben jedoch nur 12 Prozent der in Frankreich ansässigen Muslime an, sich vom CFCM vertreten zu fühlen. Die Schaffung eines „Islam de France“ birgt Hoffnung, den Islam und die französische Integrationspolitik auf eine neue Ebene zu stellen. Es muss sich in Zukunft zeigen, ob die französische Politik in der Lage sein wird, eine Perspektive aufzuzeigen, die der Herausforderung durch den französischen Dschihad gerecht wird.

Teil 2: Extreme Rechte

Frankreich verfügt über eine lange rechtsextreme Tradition, die wegen der Unterstützung des Vichy-Regimes bis in die 1970er-Jahre diskreditiert war und vom Gaullismus weitgehend absorbiert wurde. Der Aufstieg des bereits im Oktober 1972 aus dem Zusammenschluss mehrerer kleinerer nationalkonservativer und rechtsextremistischer Gruppierungen als Sammlungsbewegung entstandenen Front National (FN) begann zeitgleich mit dem Sieg François Mitterrands im Jahr 1981. Heute ist der FN diejenige rechtspopulistische Partei, die die französische Gesellschaft in höchstem Maße polarisiert. Mit ihrer radikalen Forderung von Grenzsicherungen und dem Versprechen, keine Migranten ins Land zu lassen, wurde Marine Le Pen, Tochter des Parteigründers Jean-Marie Le Pen, zum Sprachrohr für enttäuschte Wähler. Die Partei, die sich selbst als „patriotisch“, „populistisch“ und „souveränistisch“ bezeichnet, trägt noch immer das bei ihrer Gründung 1972 von den italienischen Neofaschisten übernommene Flammensymbol. In der Wissenschaft wird der FN als „rassistische, populistische Anti-System-Partei“ definiert. Zugleich warnt der französische Verfassungsschutz DGSJ vor der Gefahr zunehmender rassistischer Gewalt durch Anhänger des FN und gesellschaftlicher Spannungen, die die Partei durch ihre islamophobe Rhetorik schürt.

Entstehung

Die Bündelung der Kräfte am rechten Rand brachte den Erfolg. Die rechtsextreme Partei hätte ab Mitte der 1980er Jahre keine so bedeutende Rolle spielen können, wäre es ihrem damaligen Anführer Jean-Marie Le Pen nicht gelungen, die in den Jahrzehnten zuvor wegen ihrer Zersplitterung bei Wahlen weithin erfolglose extreme Rechte in eine geschlossen auftretende Sammlungspartei zu integrieren. Mit ihrer Gründung 1972 brachte Le Pen unter dem Dach des FN zwei rechtsextreme Gruppen zusammen: Anhänger des Poujadismus und des Vichy-Regimes, die eine Nostalgie gegenüber der französischen Kolonialisierung Algeriens pflegten, und eine radikale, faschistische Strömung von Nationalisten, die den biologischen Rassismus proklamierten. Davon zeugen etwa die Aktivitäten der Strömung um das von ehemaligen Freiwilligen der Waffen-SS verfasste Blatt „Militant“ innerhalb der Partei sowie die Kandidatur mehrerer Funktionäre der dem nationalsozialistischen Spektrum zugehörigen Föderation für Nationale bei den Parlamentswahlen 1978 für den FN. Trotz eines

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

gezielten Ausschlusses extremistischer Vertreter aus der Partei bleiben radikal-nationalistische Tendenzen bis heute ihr fester Bestandteil, wie unter anderem die Präsenz des EU-Abgeordneten Bruno Gollnisch, dem Anführer des katholisch-traditionellem Flügel der Partei, bestätigt .

Wahlerfolge von Jean-Marie Le Pen

Seit ihrem Durchbruch bei den Europawahlen von 1984 (11 Prozent) hatte die mit populistischen Forderungen aufwartende Protestpartei ihren Stimmenanteil bei den Parlamentswahlen nach und nach vergrößern können – bis zum Spitzenergebnis von 14,9 Prozent im Jahr 1997. Nach einer parteiinternen Krise um die Nachfolge des alternden Le Pen im Jahr 1998/1999 und die darauf folgende Spaltung der Partei verlor der FN drastisch an Einfluss: Bei der Europawahl 1999 kam er nur noch auf 5,7 Prozent und fünf Mandate (1994: 10,4 Prozent, elf Mandate). Die Schwächung der Partei war jedoch nur temporär. Die Wahl Le Pens auf den zweiten Platz bei den Präsidentschaftswahlen 2002 traf viele Franzosen völlig unerwartet und übertraf alle Prognosen. Niemand hatte damit gerechnet, dass es Le Pen gelingen könnte, das vergleichsweise hohe Stimmenergebnis der Präsidentschaftswahlen von 1995 (15 Prozent) nochmals zu übertreffen und den Haupttrivalen des amtierenden Präsidenten, Premierminister Jospin, mit 17 Prozent aus dem Rennen zu werfen.

Le Pen profitierte 2002 vom angespannten politischen Klima im Land, das sich in der Enttäuschung der Franzosen über die sogenannte „Kohabitation“ entladen hatte, einer Koalition aus dem neogaullistischen Präsidenten Chirac und der linksgerichteten Regierung aus Sozialisten, Linken und Grünen. Die „Kohabitation“ verlieh der populistischen Demagogie Le Pens, die auf die Gegenüberstellung eines angeblich korrupten Interessenkartells der im Parlament vertretenen Parteien („die da oben“) und „denen da unten“, also der Masse des Volkes, zielte, ein gewisses Maß an Plausibilität. Zusätzlich erhielt die islamophobe Programmatik des FN durch die Terroranschläge des 11. Septembers 2001 Rückenwind. Le Pen war im Wahlkampf darüber hinaus klug genug, sich rhetorischer Ausfälle, wie sie ihm in der Vergangenheit immer wieder unterlaufen waren, zu enthalten.

Die Erfolgswelle endete fünf Jahre später abrupt, als Le Pen sich mit Nicolas Sarkozy einem jungen, dynamischen Kandidaten der gemäßigten Konservativen gegenüber sah, der die Themen Sicherheit und Immigration bediente und laut IFOP-Umfragedaten 38 Prozent jener Wähler für sich gewann, die 2002 Le Pen gewählt hatten.

Prozess der Entdämonisierung

Übertreffen konnte den Parteigründer in der Mehrung des Stimmenanteils nur seine Tochter Marine Le Pen nach ihrer Übernahme des Parteivorsitzes im Jahre 2011. Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 kam sie auf 17,9 Prozent der Stimmen. Bei den Europawahlen 2014 ging der FN mit 26 Prozent (24 Sitze) sogar als stärkste französische Partei im Europäischen Parlament hervor. Marine Le Pen setzte – unterstützt von ihrem Stellvertreter Florian Philippot – ihre Priorität sogleich in die „Normalisierung“ der Partei sowohl in den Augen der Wählerinnen und Wähler als auch in der Wahrnehmung möglicher Koalitionspartner auf nationaler und kommunaler Ebene. Sie bemühte sie sich sofort um einen Bruch der ideologischen Verbindungen ihrer Partei zum historischen Rechtsextremismus, indem sie zunächst Mitglieder mit einer Doppelmitgliedschaft in neofaschistischen Splittergruppen ausschloss. Auch ordnete Le Pen einen strikten Verzicht auf das provozierende Vokabular ihres Vaters in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg oder den Holocaust an und weichte bestimmte als zu radikal erachtete Formulierungen im Parteiprogramm auf: „Umkehr des Migrationsstroms“ wurde zu „Null Zuwanderung“, „nationale Bevorzugung“ zu „nationaler Priorität“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

Selbst die Mitgliedschaft ihres eigenen Vaters suspendierte Marine Le Pen im August 2015 nach jahrelangen Spannungen – offiziell aufgrund seiner Äußerung, der Holocaust sei „nur ein Detail der Geschichte“. Von rechtsextremen Parteien wie der British National Party (BNP) oder der NPD distanziert sich der FN. Als Vorbilder werden hingegen die ebenfalls rechtspopulistischen Alleanza Nazionale aus Italien, die niederländische Partij voor de Vrijheid oder die UK Independence Party genannt. Mit ihren internationalen Allianzen will Le Pen bewusst polarisieren. Nicht zufällig pflegt die Marine Le Pen – eine erbitterte Gegnerin der Sanktionen gegen Russland – auch eine enge Beziehung zum russischen Präsidenten Vladimir Putin, der die Partei indirekt auch finanziell unterstützt.

Der radikale Protektionismus, nämlich die Vorstellung, dass jede soziale Problematik wie Arbeitslosigkeit und Verarmung aus der Globalisierung und damit einhergehenden Einwanderung resultiert, bleibt nach wie vor Hauptbestandteil ihrer Überzeugung. Das Ergebnis dieser „Entdämonisierung“ kann Le Pen dennoch als Erfolg verbuchen: Während 73 Prozent der Franzosen den FN 2002 als „demokratiegefährdend“ einstufte, waren 2016 noch 56 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dieser Meinung. Nur 36 Prozent hielten den FN 2016 hingegen für regierungsfähig.

Diese Entdämonisierung zahlte sich schließlich bei dem Präsidentschaftswahlen 2017 aus: Marine Le Pen kam im 1. Wahlgang mit 21,3 Prozent der Stimmen auf Platz 2 – noch vor den Kandidaten der „Républicains“, von „La France insoumise“ und der „Parti Socialiste“ – und zog damit in die Stichwahl ein. Hier holte sie mit 33,9 Prozent das beste Ergebnis, das der Front National jemals geholt hat. Gleichzeitig blieb sie jedoch weit hinter den Erwartungen ihrer Anhänger, die auf ein Ergebnis von „40+X“ gehofft hatten, zurück.

Motivation und Profil der Wähler

Es stellt sich also die Frage, nach welchen Motiven die Befürworter des FN wählen. Bestimmend für das Wahlverhalten waren neben der wachsenden Arbeitslosigkeit vor allem die Terroranschläge vom 13. November 2015. Seine Wählerschaft ging daher überwiegend aus Sorge über die Themen Beschäftigung (18 Prozent), Sicherheit (17 Prozent) und Immigration (15 Prozent) zur Wahl. Die Wähler des FN sind heute vorwiegend im verstädterten und industrialisierten Norden des Landes zu finden, in der Region um Lille, aber auch an der Côte d'Azur und dem Rhône-Gebiet; sie sind überwiegend männlich – wobei das Geschlechterverhältnis in den letzten Jahren etwas ausgeglichener wurde – und stehen der Kirche vielfach distanzierter gegenüber, als der Durchschnitt der Franzosen. Zu den früheren Wählern der Linken und jenen der traditionellen französischen Rechten gesellen sich außerdem noch traditionalistische Katholiken und Vichy-Anhänger. Eine Studie des Markt- und Meinungsforschungsinstituts IPSOS zeigt, dass der FN bei den Regionalwahlen 2015 vor allem die unteren Bevölkerungsschichten anzog: So stimmten im ersten Wahlgang 43 Prozent der Arbeiterschaft, 36 Prozent der Angestellten sowie 36 Prozent der Wähler ohne Abitur für den FN. Doch konnte die Partei auch einen großen Teil der Mittelschicht für sich gewinnen: Rund 30 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stimmten für den FN; darüber hinaus konnte er mit einem Stimmenanteil von 35 Prozent bei Selbstständigen und Landwirten die traditionelle Dominanz der Konservativen bei dieser Wählergruppe angreifen. Neu war auch die starke Zustimmung unter leitenden Angestellten (17 Prozent).

Der Partei ist es damit gelungen, auch neue Wählerschichten anzuwerben. Ungewiss ist hingegen bisher, ob die Zustimmung der FN-Wählerschaft – wie auch schon zu Zeiten Jean-Marie Le Pens – eine vorübergehende, von den wirtschaftlichen und sozialen Geschehnissen abhängige Erscheinung ist oder sich im Wählerverhalten verfestigen wird. Denn im Kontext der französischen Wirtschaftskrise, der europäischen Flüchtlingskrise und der Reihe von terroristischen Anschlägen 2015 und 2016 findet ein protektionistisch klingender Diskurs leicht

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

ter Anklang als ein offen wirtschaftsliberaler – vor allem wenn dieser von einer Partei kommt, die aus ihrer Oppositionsrolle heraus als „Protestkraft“ auftritt.

Ideologie / Programm

Der FN beschreibt sich selbst als „patriotisch“ und „national“ im Sinne von „französischer Identität, Tradition und Souveränität“, was in seiner Programmatik bis heute als *raison d'être* Bestand hat. Die Verwurzelung des Individuums in Familie, Volk, Nation und Tradition einerseits und seine genetische Determination andererseits ist das, was nach Überzeugung des FN den „Urfranzosen“ ausmacht. Die propagierte Angst vor dem „Verschwinden“ der „wahren“ französischen Bevölkerung und ihrer Identität durch deren Unterwanderung durch andere Bevölkerungsgruppen, die ihre nationalen Werte nicht teilen, ist – auch wenn die Feindgruppen sich über die Jahre änderten – eine Konstante in der Rhetorik des FN. Während die nationale Identität in den 1970ern und 80ern als durch den internationalen Kommunismus bedroht gesehen wurde, war es in den 90ern die durch die USA unterstützte Globalisierung und der damit einhergehende Multikulturalismus. Heute hingegen schürt die Partei die Angst vor dem Islam und dem damit augenscheinlich unmittelbar zusammenhängenden Terrorismus.

In der Programmatik des FN bildet die Einwanderung das Erzübel, auf das fast alle anderen vermeintlichen Probleme (Unsicherheit, Islamisierung etc.) zurückzuführen seien. Eine seiner wichtigsten Forderungen ist deshalb die Beschränkung der Einwanderung, insbesondere derjenigen aus nichteuropäischen Ländern. Angesichts eines Anteils von Bürgern mit Migrationshintergrund von 25 Prozent in der französischen Bevölkerung ist diese Forderung besonders polarisierend. In den 1990er Jahren wollte Bruno Mégret – damals der zweitwichtigste Mann des Front National – das Abstammungsprinzip (*droit du sang*) einführen, das Geburtsortprinzip (*droit du sol*) abschaffen und die doppelte Staatsangehörigkeit verbieten. Hier ist die Parteilinie inzwischen gemäßiger. Zumindest ein eingeschränktes Bleiberecht wird „Nicht-Franzosen“ seit 2007 durch den FN zugestanden. Besonders die Einwanderung aus muslimischen Ländern wird kritisch gesehen. Ein bezeichnendes Beispiel für den Erfolg Marine Le Pens im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise sind die Entwicklungen rund um das wilde Flüchtlingslager in Calais: Obwohl der Front National keine aktive Parteiarbeit in Calais betrieb, hat er dort bei den Regionalwahlen im Dezember 2015 seinen Stimmenanteil von 31 Prozent (bei den Europawahlen im Mai 2014) auf 49,1 Prozent erhöhen können. Bei den Präsidentschaftswahlen erreichte Marine Le Pen im 1. Wahlgang mit 34,4 Prozent ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis. Im 2. Wahlgang verfehlte sich mit 48 Prozent nur knapp die absolute Mehrheit.

Ein zentrales Konzept des FN ist die *préférence nationale*, die nationalistisch organisierte Bevorzugung der Franzosen, gemäß dem Motto „les Français d'abord“ („Franzosen zuerst“, so auch ein gleichnamiger Buchtitel von Jean-Marie Le Pen). So sollen französische Staatsbürger bei der Arbeitsplatzsuche und bei Sozialleistungen gegenüber Nichtfranzosen besser gestellt werden. Klassenwidersprüche sollen durch national-soziale Lösungen überwunden werden. Über die Vorstellung einer „sozial“ verstandenen Nation – *social parce que national* („Sozial weil national“) – bleibt die Marktwirtschaft ein nationales Interesse. Das Rechtslinks-Schema wird in Frankreich vor allem an der Wirtschafts- und Sozialpolitik festgemacht; der FN prägte daher das Motto „Ni Droite ni Gauche – français!“ („Weder rechts noch links – französisch!“). Auch hier wendet die Partei ihren Grundsatz des Protektionismus an: Weil sowohl der wirtschaftliche Wohlstand als auch die nationale Sicherheit ausschließlich auf Grundlage der uneingeschränkten nationalen Souveränität gewährleistet werden kann, fordert der FN einen Austritt aus der NATO und der EU. Letztere bezeichnet Le Pen als „totalitaristische und anti-demokratische Struktur“, die das Ziel hat, „Völker und Identitäten zu zerstören“. Bei ihrer Forderung nach einem „Frexit“ lässt sich Marine Le Pen vom britischen Vorbild – ungeachtet der ungewissen Zukunft, die dem Land infolge des Brexit prog-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

nostiziert wird – inspirieren. Vor der Stichwahl der Präsidentschaftswahl hat sie ihre Forderung nach Austritt aus dem Euro und aus der Europäischen Union relativiert, was jedoch eher zu Unmut im eigenen Lager führte. Seit der Wahl gibt es eine Debatte über die künftige Ausrichtung des Front National. Noch ist es offen, ob es ein Weiter-so auf der bisherigen Linie von Marine Le Pen und Florian Philippot – antieuropäisch, nationalistisch und sozialpolitisch links – geben wird, oder ob sich der Front National stärker zu einer konservativ-katholischen Kraft mit einer besonderen Betonung des Nationalen entwickeln wird.

Auch wenn das Parteiprogramm des FN nationalistisch, autoritär und systemfeindlich ist, ist die Partei nach den Maßstäben von Historikern wie dem Faschismusforscher Emilio Gentile nicht dem (neo)faschistischen Spektrum zuzuordnen: Weder handelt es sich beim FN um eine Miliz, noch zielt er auf die Einführung eines staatlichen Korporatismus oder verfolgt nach außen gerichtete Eroberungspläne; er will weniger eine „neue Ordnung“ schaffen, als vielmehr zu einer mystifizierten Vergangenheit zurückkehren. Ferner fehlt ihm die revolutionäre Dimension, einen „neuen Menschen“ schaffen zu wollen. Mit Blick auf das Parteiprogramm ist die Partei angesichts des überwiegenden Teils ihrer Forderungen jedoch sehr wohl als „extrem“ einzustufen. Dennoch hat sie sich – zumindest offiziell – keinem totalitären Projekt im Sinne der Herrschaft einer einzigen Partei verschrieben. Dies wiederum passt in ihr Vorhaben, sich ebenso wählbar zu machen wie moderate Parteien. Es ist daher schwer zu sagen, wie ein Staat auszusehen und zu funktionieren hätte, in dem der FN die Exekutive und/oder die Legislative kontrolliert. Dieser müsste im Sinne des Programms jedenfalls „stark“ sein. Aus dem Parteiprogramm des FN ist zu schließen, dass Frankreich eine Republik bliebe, deren Verfassung ihren Vorrang vor internationalen – auch europäischen – Verträgen wiedererlangen würde. Die Volksherrschaft wird darin als „heiliges Gut“ bekräftigt, und es gelte, insbesondere durch den Rückgriff auf Referenden eine „echte Demokratie“ wiederherzustellen.

Nichtparteilicher Rechtsextremismus

Neben einer starken rechtsextremen Kraft existiert auch eine gewalttätige Neonaziszene. In Frankreich gibt es zwei Personengruppen, die als Neonazis bezeichnet werden können: Zum einen die Neonazis selbst (einschließlich der rechtsextremen Skinheads) und andererseits einen Flügel der identitären Bewegung, der sich als Nachfolger der französischen SS-Mitglieder und insbesondere von Marc Augier begreift (auch unter dem Pseudonym Saint-Loup bekannt). Bei den bekanntesten Skinhead-Gruppierungen handelte es sich um die sogenannte Troisième Voie (Dritter Weg) und der Jeunesse Nationaliste Révolutionnaire (Nationalistische Revolutionäre Jugend - JNR). Die JNR wurde 1987 durch den bekannten Rechtsradikalen Serge Ayoub gegründet. Ayoub unterhielt bis zur „Entdämonisierung“ des FN enge Kontakte zu den Le Pens und schaffte es dadurch, die Skinheads zumindest teilweise erfolgreich politisch zu organisieren. Sowohl Troisième Voie als auch JNR wurden im Juli 2013 kurz nach der gewaltsamen Ermordung eines jungen Antifa-Aktivisten durch einen Anhänger der Troisième Voie verboten.

Die sogenannte "Identitäre Bewegung" bildete sich als Bloc Identitaire zunächst in Frankreich, der heute schätzungsweise 2.000 zahlende Mitglieder hat. Es handelt sich hierbei um eine proeuropäische, radikale politische Bewegung, welche die regionalen (wirtschaftlichen und kulturellen) Wurzeln betont, sowohl Islam als auch Einwanderung ablehnt, sich jedoch vom Antisemitismus losgesagt hat. Entstanden ist die Gruppe 2002/2003 aus der Vorgängerorganisation Unité Radicale, die nach dem missglückten Anschlag eines Sympathisanten auf den damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac aufgelöst wurde. Die Gruppe nimmt innerhalb der rechtsextremen Landschaft in Frankreich eine Sonderstellung ein: Sie lehnt den Jakobismus des FN ab, setzt sich für eine identitäre Politik ein und zieht eher gebildete Anhänger bzw. Sympathisanten an.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

Die Entstehung der (extremen) Linken wurde von der Französische Revolution mitgeprägt, deren Erbe bis heute in den Freiheits-, Gleichheits- und Solidaritätsversprechungen weiter lebt. Frankreich zählt neben Italien zu den wenigen westeuropäischen Ländern, in denen die Kommunistische Partei (Parti Communiste Français (PCF) bei nationalen Wahlen zeitweise herausragende Ergebnisse verbuchen konnte. Sie ist heute trotz schwindenden politischen Einflusses die mitgliederstärkste Kommunistische Partei Westeuropas.

Entstehung und Distanzierung vom Sowjetkommunismus

Gegründet wurde die PCF nach dem Ersten Weltkrieg und der russischen Oktoberrevolution, als es auch in Frankreich zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung in eine sozialistische und eine kommunistische Richtung kam. Bei ihrer Gründung verpflichtete sich die PCF, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die zwar gesetzeskonform handeln, illegale Aktionen zur Erlangung ihrer Ziele jedoch nicht ausschließen dürfe. Zu einer Arbeiter- und Massenpartei wurde die PCF aber erst Mitte der 1930er Jahre. In der ersten Nachkriegsregierung war die PCF ein vollwertiges Mitglied. Zu ihrem hohen Ansehen und der engen Einbindung in die Wiederaufbauphase hat vor allem die aktive Beteiligung der Partei an der Résistance beigetragen. Es war das „goldene Zeitalter“ des französischen Kommunismus. Bis 1958 war sie die stärkste Partei mit regelmäßig über 25 Prozent der Wählerstimmen.

Zusammen mit der Kommunistischen Partei Italiens galt die PCF in den 1970er bis zum Ende der 1980er Jahre als die bedeutendste Vertreterin der – die pluralistisch-demokratischen Strukturen der westlichen Demokratien anerkennenden – Strömungen des „Eurokommunismus“ und grenzte sich damit in wesentlichen strukturellen und inhaltlichen Punkten von den kommunistischen Parteien der damaligen als realsozialistisch bezeichneten Systeme Osteuropas ab.

Phasen der Regierungsbeteiligung

Die PCF beherrschte lange Zeit den linken Flügel des politischen Spektrums in Frankreich mit fester Verankerung in lokalen Hochburgen und im gewerkschaftlichen Bereich. Sie war drei Mal an französischen Regierungen beteiligt: 1944 bis 1947 in der provisorischen Regierung von Charles de Gaulle, 1981 bis 1984 unter Präsident François Mitterrand und 1997 bis 2002 während der Kohabitation von Präsident Jacques Chirac und Premierminister Lionel Jospin. Während der zweiten Regierungsbeteiligung konnte die PCF ihre Wahlversprechen der Verstaatlichung der Großindustrien und Banken weitgehend erfüllen. Nach mehrmaliger Abwertung der Währung und steigender Arbeitslosigkeit wandte sich die sozialistische Regierung jedoch aus Angst vor einer wirtschaftlichen Isolierung in Europa von den geplanten Reformen ab. Nachdem der sozialistische Finanzminister Jacques Delors eine Politik der Deregulierung und Privatisierung einleitete, beschloss die PCF im Jahr 1984, die Regierung zu verlassen, um gegen diese in ihren Augen neoliberale Ausrichtung der von den Sozialisten gestellten Regierung zu protestieren. Die Krise der PCF vertiefte sich durch die Veränderungen in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow und erreichte ihren Höhepunkt infolge des Machtverlustes der sowjetischen KPdSU.

Erst mit dem Parteivorsitz von Robert Hue ab 1994 und seiner kritischen Haltung gegenüber der ehemaligen Sowjetunion gelang es der Partei, ihre Sympathiewerte wieder zu steigern. Unter Premierminister Lionel Jospin begann die dritte Phase kommunistischer Regierungsbeteiligung. Als Juniorpartner in einer sozialistisch geführten Regierung gelang es der Partei, die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz wieder zu stärken. Nach den Parlamentswahlen 1997 billigten immerhin 76 Prozent der Franzosen die Regierungsbeteiligung der PCF.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

Bei den Kommunalwahlen von 1995 schaffte es die PCF immerhin, in einer Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern (Le Havre) und in 45 Städten mit mehr als 30.000 Einwohnern stärkste Partei zu werden und den Bürgermeister zu stellen. Diese lokalen Bastionen stellten die „wichtigste Machtstütze“ der Partei dar. Doch bereits Anfang der 2000er Jahre ging dieser Trend zurück und es zeigte sich, dass es der Partei nicht gelungen war, ihre totalitären Strukturen vollends aufzubrechen, durch eine stärkere organisatorische und ideologische Öffnung neue Loyalitäten aufzubauen und den Stimmenanteil bei den Jungwählern wieder zu erhöhen. Als Regierungspartner musste die Partei einen Spagat zwischen eigener Ideologie und einer funktionierenden Koalition leisten. Der Widerspruch zwischen öffentlichem Diskurs (Verhinderung der Privatisierung) und tatsächlichem Handeln erzeugte Spannungen sowohl mit dem Koalitionspartner als auch innerhalb der Partei. Die Wahlen des Jahres 2002 bestätigten diesen Trend auf dramatische Weise. Robert Hue erhielt im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen nur 3,4 Prozent der Stimmen.

Machtverlust

Vom sukzessiven Verlust der einst dominierenden Stellung der PCF am linken Flügel profitierten zum Teil „härtere“ linksrevolutionäre Formationen. Die in Frankreich von den Anfängen in den 1930er Jahren an beheimateten, in zahlreiche Gruppierungen aufgespaltenen Trotzlisten verzeichneten steigende Stimmenanteile. Hierzu gehörte die Ligue communiste révolutionnaire (LCR) ("Revolutionäre kommunistische Liga"), die 1968 als französische Sektion der "Vierten Internationale" gegründet wurde. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 erhielt deren Kandidat Olivier Besancenot 4,3 Prozent und 2007 immerhin 4,8 Prozent der Stimmen. 2009 ging die LCR in der Neugründung Nouveau Parti anticapitaliste (NPA) ("Neue antikapitalistische Partei") auf. Die ebenfalls trotzkistische Lutte ouvrière (LO) ("Arbeiterkampf") entstand mit dieser Bezeichnung als Partei 1968. Ihre Kandidatin zu den Präsidentschaftswahlen Arlette Laguiller erhielt 2002 5,7 und 2007 1,3 Prozent der Stimmen.

In den Folgejahren war die Talfahrt der PCF kaum aufzuhalten. Zum Auftakt der Europawahlen im Jahre 2009 unternahm sie einen Versuch, die linksextremen anti-wirtschaftsliberalen Kräfte gegen die Unterzeichnung des „liberalen“ Vertrags von Lissabon zu bündeln und gründete gemeinsam mit der 2008 durch Abspaltung vom linken PS-Flügel gegründeten, vom deutschen Vorbild Die Linke inspirierten Parti de Gauche (PG) und der Gauche Unitaire (GU) die Koalition Front de Gauche (Front der Linken). Die Koalition wuchs bis 2012 mit dem Beitritt weiterer antikapitalistischer und ökosozialistischer, teilweise von marxistisch-leninistischer Haltung geprägter kleinerer Parteien und Gruppen, darunter die Gauche anticapitaliste (GA), die Parti Communiste des Ouvriers de France (PCOF) und Les Alternatifs. Bei den Europawahlen 2009 erzielte die Front de Gauche sechs Prozent der Stimmen. Bis 2016 hat das Bündnis Kampagnen und Demonstrationen gegen Präsident Hollandes Sparkurs, den transatlantischen Vertrag TTIP sowie den Europäischen Fiskalpakt organisiert.

Bedeutungsverlust der PCF

Heute spielt die PCF keine große Rolle mehr: Sie stellt 2017 noch elf von 577 Abgeordneten in der Nationalversammlung und einen EU-Abgeordneten als Mitglied der Fraktion Europäische Linke im EU-Parlament. Nach wie vor ist die PCF auf Allianzen angewiesen. So stellte sie auch im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2017 keinen eigenen Kandidaten auf, sondern unterstützte Jean-Luc Mélenchon (Parti de Gauche). Dass dieser mit 19,1 Prozent ein herausragendes Ergebnis erzielen konnte, war nicht der PCF, sondern Mélenchons besonderen rhetorischen Fähigkeiten geschuldet. Auf dem politischen Spektrum der radikalen Linken sieht sich die PCF der Konkurrenz von Parteien wie der Lutte Ouvrière und der Nouveau Parti anticapitaliste (NPA) ausgesetzt, ohne dass es ihr möglich ist, auf der Seite der gemäßigeren Linken der PS Stimmen abzurufen. Paradoxe Weise wird ihr zudem ihre Rolle als Pro-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

testpartei vom rechtspopulistischen Front National abgenommen, der nach Meinung von Wahlforschern einen Teil seiner Anhänger aus den Kreisen ehemaliger Kommunisten schöpft, was jedoch von der PCF strikt bestritten wird.

Trotz des Versuchs, sich ein postkommunistisches Profil zu verleihen, gelang es der Partei bis heute nicht, ihre Stellung im linken Parteienspektrum zu behaupten. Dies liegt nicht zuletzt an ihrer inneren Zersplitterung, die die PCF nach Zusammenbruch ihres wichtigsten Bezugspunktes, der Sowjetunion, nicht zu überwinden schaffte. Heute wird die Partei von drei wesentlichen Strömungen bestimmt: Die Anhänger der Linie von Marie-George Buffet (Buffistes) leiten die Partei und verteidigen das Prinzip einer Allianz mit der PS, aber auch mit diversen Globalisierungsgegnern und sozialen Bewegungen. Auch die Huistes (Linie von Robert Hue) wünschen sich eine Allianz mit der PS. Die Befürworter einer Erneuerung, Patrick Braouezec und Roger Martelli verbunden, kritische Anhänger der Parteiführung unter Buffet, setzen sich für einen losen Zusammenschluss des PCF mit sozialen Bewegungen ein und für eine Öffnung der Listen der Partei für deren Anhänger. Die sogenannten orthodoxen Kommunisten machen nur noch eine Minderheit der Partei aus.

PCF - eine Anti-System-Partei?

In der Programmatik der PCF spielt damals wie heute die Konzeption des Klassenkampfes und des Gegensatzes zwischen Arbeiterbewegung und „Bourgeoisie“ eine große Rolle, jedoch in einer abgeschwächten, weniger revolutionären Rhetorik. Weder der Marktwirtschaft noch der europäischen Integration ist die Partei gänzlich abgeneigt. Nach wie vor tritt die PCF als Globalisierungsgegner auf. Zwar zeigen sich die Kommunisten in der Einwanderungsfrage den republikanischen Prinzipien und einer am Geburtsort („droit du sol“) orientierten Definition staatsbürgerlicher Zugehörigkeit ohne Ansehen von Herkunft und Hautfarbe verpflichtet. Das Prinzip der Offenheit der Grenzen soll allerdings nicht in gleichem Maße für Kapital und Waren gelten.

In Anbetracht ihres Verhaltens in Regierungskoalitionen kann die Partei heute ungeachtet aller revolutionären Rhetorik nur bedingt als Anti-System-Partei gelten. Auch wird sie - bei allen Vorbehalten - als weit weniger gefährlich und schädlich eingestuft als die rechtspopulistische Partei Front National (FN). Diese Differenzierung unterstellt eine stärkere Systemkonformität der PCF und kann sich auf ein höheres Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz, auf die größere Offenheit des Parteiapparates, die zurückhaltendere revolutionäre Rhetorik und die Einbindung in politische Bündnisse und Koalitionen der Linken stützen.

Außerparlamentarische Linksextreme

Die Parteien der extremen Linken erteilen der Anwendung von Gewalt als Mittel der Durchsetzung politischer Ziele eine Absage. Jedoch gab es in Frankreich linksextremistisch motivierten Terrorismus: Ähnlich wie die RAF in der Bundesrepublik Deutschland führte die 1979 gegründete „Action directe“ einige Anschläge auf öffentliche Gebäude vom Entwicklungshilfeministerium bis zu Polizeiwachen und Attentate auf Personen durch. Für eine kurze Zeit kam es auch zu einer Kooperation mit der deutschen RAF. 1987 gelang der Polizei die Verhaftung von führenden Aktivisten, womit deren Wirken beendet war. Später spielten linksterroristische Gruppen nur noch in einigen französischen Regionen, auf Korsika und in überseeischen Gebieten eine Rolle. Auf dem französischen Festland galt dies für die Armée Révolutionnaire Bretonne (ARB), die in den 1990er Jahren in der Bretagne eine Reihe von Anschlägen auf Einrichtungen des französischen Staates verübte. Die in Spanien lange Zeit aktive ETA nutzte das französische Baskenland lange als logistische Basis und Ruheraum, blieb in Frankreich aber weitgehend inaktiv. Eine gewaltbereite linksautonome Szene, wie sie etwa beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 zu beobachten war, spielt in Frankreich derzeit keine Rolle. Einzelne Sachbeschädigungen bzw. Anschläge auf technische Anlagen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

werden der linksautonomen Szene zugerechnet. Ihr wird gegenwärtig aber keine größere Bedeutung beigemessen.

Literatur:

- Kepel, Gilles (2016): „Terror in Frankreich. Der neue Dschihad in Europa“, Kunstmann Verlag, München.
- Backes, Uwe (2011): „Extremismus in Frankreich“ in: Jesse, Eckhart; Thieme, Tom (Hrsg.): „Extremismus in den EU-Staaten“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 131-148.
- Französisches Innenministerium, Comité Interministériel de Prévention de la Délinquance (September 2015): Bericht „Prevention de la Radicalisation“, Paris.
- Camus, Jean-Yves (November 2016): „Der Front National zwischen Normalisierung und Isolation“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Frankreich, Bundeszentrale für Politische Bildung, 48/2016, Berlin, 24-28.
- Jounot, Yann (2013): „Prevention de la Radicalisation“, Bericht im Auftrag von SGDSN (Secrétariat Général de la Defense et la Sécurité Nationale), Paris.
- Frankreich, der Premierminister (Mai 2016): „Plan d’action contre la radicalisation et le terrorisme“, Paris.
- de Vries, Catherine; Hoffmann, Isabell (2016): „Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum“, Eupinions, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Böttcher, Astrid; Mares, Misroslav (2012): „Extremismus: Theorien – Konzepte – Formen“, Oldenbourg Verlag, München.
- Kalter, Christoph (2011): „Die Entdeckung der Dritten Welt: Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich“, Campus Verlag, Frankfurt, 81-96.
- ARTE (2016), Interview mit François, Stéphane: "Der Wunsch nach der "geschlossenen" Gesellschaft von einst"; verfügbar unter:
<http://info.arte.tv/de/frankreich-der-wunsch-nach-der-geschlossenen-gesellschaft-von-einst>; zuletzt aufgerufen am: 28.01.17.
- Lemonde (2015): „Le Front national mis en examen dans l’enquête sur le financement du parti“, Verfügbar unter:
http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/09/09/le-front-national-mis-en-examen-dans-l-enquete-sur-le-financement-de-ses-campagnes_4750417_823448.html#6tCJTOLiBfE1o6DU.99; zuletzt abgerufen am: 25.01.17.
- Parteiprogramm des FN für die Präsidentschaftswahl 2017:
<http://www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen/>; zuletzt abgerufen am : 02.02.17.
- La depeche (2016): „Terrorisme : les sombres prédictions du directeur de la DGSI“; verfügbar unter:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

<http://www.ladepeche.fr/article/2016/07/12/2383513-terrorisme-les-sombres-predictions-du-directeur-de-la-dgsi.html>; zuletzt abgerufen am: 31.01.17.

FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA

11. Juli 2017

- Le Point (2015): „Mais où est donc passée l'extrême gauche ?“; abrufbar unter: http://www.lepoint.fr/politique/mais-ou-est-donc-passee-l-extreme-gauche-02-01-2015-1893490_20.php, zuletzt aufgerufen am: 12.01.17.
- Bernard, Jean-Pierre Arthur: 1944-1964 : „Paris rouge 1944-1964: les communistes français dans la capitale“, Époque, Champ Vallon, 1991, 24-27.